

scheitert. Auf dem Gipfel in Nizza holt die Realität ihn brutal ein: Nationaler Egoismus, ein Basar, ein Jammertal.

Auch im Nahen Osten erfährt er, dass die Realität eine »harte Lehrmeisterin« ist. Die Friedensbemühungen eines Nahost-Quartetts, in dem er als ideenreicher Antreiber wirkt, bleiben erfolglos. Mit viel Verständnis beschreibt er die Widerstände beider Seiten, der Israelis und der Palästinenser. Wenig Sympathien zeigt er dagegen für die Bush-Regierung, die sich, nach dem Misserfolg Bill Clintons in Camp David, einem Neubeginn des Friedensprozesses verweigert.

Überhaupt, anders als in seinem letzten Buch, redet Fischer jetzt Klartext. Hatte er als damaliger Außenminister nur die Ideologie der *Neocons*, nicht die Regierung in Washington zerpfückt, muss er jetzt einen »großen Trugschluss« einräumen: Er hatte »den Radikalismus und die ideologische Entschlossenheit der Regierung Bush« unterschätzt.

Geradezu wehmütig erinnert sich der Memoirenschreiber an die »große amerikanische Außenministerin«, seine Freundin Madeleine, die das »bisweilen recht verrückt wirkende« Europa immer verstanden hat. Für die Nachfolgerin Condoleezza Rice, stellt er ernüchtert fest, zählen nur nationale, nicht humanitäre Interessen: »Eine Politik der Ignoranz«. Und nach einem Besuch bei Vize-Präsident Dick Cheney hat er schnell das Gefühl, »dass wir beide wohl niemals Freunde werden«. So wenig wie George W. Bush und Gerhard Schröder.

Joschka Fischer: Die rot-grünen Jahre.
KIEPENHEUER & WITSCH, Köln 2007, 450 S.,
€ 22,90.



Paul Lersch (*1935)
ist freier Journalist. Lebt in
Berlin und Bonn.
pl.berlin@t-online.de

Dierk Spreen

Im Hyperraum der Hauptstadt

Tissy Bruns' Kritik des Berliner Politik- und Nachrichtenbetriebs

Republik der Wichtigtuer titelt Tissy Bruns ihr aktuelles Buch, in dem die frühere Vorsitzende der Bundespressekonferenz die neue Symbiose zwischen Politik und Journalismus beschreibt, welche sich nach dem Umzug der Regierung eingestellt hat. Den inszenierten Glanz von Berlin-Mitte, den neuen Alpha-Journalismus, das Tempo des Informationsumschlags, die Bedeutung von Bildern und Kulissen, gepaart mit einer Auflösung journalistischer Regeln, Zeitknappheit und zunehmendem Misstrauen gegen Politik und Journalismus, nimmt die Autorin zum Anlass für ihre notwendige Reflexion struktureller

Probleme in der politischen Öffentlichkeit.

Politik und Journalismus bespiegeln sich gegenseitig, halten sich gegenseitig für wichtig – und verlieren dabei den Kontakt zur Lebenswelt der Bevölkerung. »Sie reden unaufhörlich miteinander; die politische Kommunikation, der Dialog der öffentlichen Kaste mit der Bevölkerung hat unterdessen schwer gelitten.« Berlin-Mitte erweist sich als *Hyperraum*: schnell, aber abgeschnitten von der Lebenswirklichkeit der Bürger.

Die neue *Hyperrealität* der Hauptstadtmitte hat viele Facetten, die von Bruns plastisch dargestellt und auf den Punkt ge-

bracht werden. Zentral ist insbesondere das symbiotische Verhältnis zwischen Politik und Medien und die Neigung letzterer, politische Taktiken und Konflikte in den Vordergrund zu schieben, dabei aber die Bewertung und Diskussion langfristiger Lösungswege aus dem Blick zu verlieren.

Die Symbiose besteht einerseits im Angewiesensein der Medien auf die Politik, auf deren unablässige Produktion von Ereignissen, die exklusiven Nachrichtenwert besitzen und dem Zwang zur schnellen Neuigkeit entsprechen. Als Durchlauferhitzer für Nachrichten berichtet der politische Journalismus über taktische Winkelzüge, Konflikte, *Rankings* und Interna. Auf der anderen Seite kommt dies der Politik entgegen, weil so öffentliche Geltung suggeriert werden kann. Politische Inszenierung wird zur Ersatzhandlung, mit der die Politik sich und das Publikum über Machtverluste, die aus Globalisierung und Komplexität entstehen, hinwegtäuscht.

Das wiederum macht es den Medien leicht, sich in die Rolle des »politischen Alleskönners« zu begeben und daraus medialen Mehrwert zu ziehen. Ständige, pauschale und letztlich auch beliebige Kritik wird zu einem *Grundsound* der permissiven Öffentlichkeit. Die Erwiderung ist die schon normal gewordene Medienschelte aus der Politik. »Eine Spirale der gegenseitigen Herabsetzung ist in Gang gekommen: Die öffentlichen Akteure halten sich gegenseitig vor, wozu sie sich vom jeweils anderen verführen lassen – und richten ihr Selbstwertgefühl an den Schwächen des Gegenübers auf.« Zur Folge hat diese doppelte Referenz allerdings, dass man sich in ihr als »Misstrauensgemeinschaft« ein- und von der Bürgerschaft abkapselt.

Wöchentlich spiegeln Politiker sich in Beliebtheitsskalen, deuten Journalisten Umfragen in Entscheidungen des Volkssouveräns um. Die Risiken dieser Naivität, die sich mit dem Kleingedruckten, das jeder sozialwissenschaftlich korrekten Erhebung beigelegt ist, nicht befassen mag,

wurden bei den letzten beiden Bundestagswahlen deutlich. Die Totalerhebung manifestierte einen Souverän, der dem, was zuvor in der Zeitung über ihn zu lesen stand, nicht zustimmte. Daher ist es politisch hochbrisant, wenn Journalisten und Politiker demoskopische Daten zu Willensäußerungen umdeuten.

Umfragen dienen der »öffentlichen Kaste« zur Selbstsuggestion: Politiker und Journalisten sind unverdrossen der Meinung, sie wüssten, wie die Leute denken. Tatsächlich wissen sie es nicht. Vor noch nicht allzu langer Zeit fragten Journalisten ihren Taxifahrer und schauten so dem Volk aufs Maul. Politiker hörten den Leuten in ihrem Wahlkreis zu, verfügten über Milieukennntnisse und konnten sich auf die *Grassroot*-Bindung ihrer Parteien verlassen. Inzwischen verschiebt sich das Verhältnis zwischen den virtuellen und den realen Kommunikationsprozessen, die zwischen Bürgern und Politikern stattfinden. An die Stelle tatsächlicher Kommunikation tritt »professionelle« Kommunikation über Fernsehen, Regenbogenpresse, Werbeflächen, Webseiten oder Blogs. Politiker und Journalisten bekommen immer seltener mit, wie absurd und seltsam so manches, das sie vom Volke fordern, bei den Betroffenen wirkt. Das führt zu Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust.

Bruns gibt eine Reihe von lebensnahen Beispielen, die den Kommunikationsverlust illustrieren. Etwa den Forderungskatalog, den die Bildungspolitik an Abiturienten und junge Akademiker richtet: Bildung ist wichtig! Studiert schnell! Geht ins Ausland! Arbeitet nebenher, um die Praxiserfahrung zu verbessern! Bekommt viele Kinder! Und 1.000 EURO Studiengebühr pro Jahr inklusive Verdienstausschlag sollen offenbar den Nachwuchs aus den unteren Schichten und die Migrantenjugend motivieren. Studenten fragen sich zu Recht, in welcher Form ihre Lebensrealität in Politik und Öffentlichkeit noch repräsentiert wird.

Bruns Buch ist ein Seismograph, der strukturelle Krisen in der politischen Öffentlichkeit anzeigt. Die Frage nach den Grenzen und Maßstäben journalistischer Arbeit sei neu zu stellen, meint Bruns, und plädiert schließlich für den Kontakt zur Realität: Raus aus dem Hyperraum der Hauptstadt: »Die politisch-publizistische Klasse ist betriebsblind geworden, weil sie sich zu viel im eigenen Getriebe bewegt. Hinaus in die Wirklichkeit, mehr

direkte Kommunikation mit den Menschen.«

Tissy Bruns: Republik der Wichtiguer. Ein Bericht aus Berlin. HERDER-VERLAG, Freiburg i.Br. 2007, 224 S., € 19,90.



Dierk Spreen (*1965)
ist Akademischer Oberrat im
Fach Soziologie der Universität
Paderborn.
dierk.spreen@arcor.de

Volker Kröning

Ein politischer Jurist im besten Sinne des Wortes

Eine neue Reihe zum 80. Geburtstag von Claus Arndt

Das 80. Lebensjahr hat Claus Arndt, Hamburger Jurist und Politiker, in diesem Jahr vollendet. Rechenschaft über sein bedeutendes Lebenswerk gibt die Reihe ausgewählter Reden und Schriften, die zwischen 1989 und 2004 in der NOMOS VERLAGSGESSELLSCHAFT erschienen ist und die 2006 mit einer Bibliografie abgeschlossen wurde. Sie weist sowohl politische als auch juristische Titel nach, die im In- und Ausland von Claus Arndt und über seine Arbeit publiziert worden sind, Besprechungen, die er verfasst hat, und sein übriges Werk, vor allem die Monografien *Die Verträge von Moskau und Warschau* (1973; 3. Auflage 1982) und *Die Menschenrechte* (1981).

Der Titel der Reihe – »Amt und Mandat« – trifft das, was das arbeitsreiche Leben des Beamten, Abgeordneten und Rechtslehrers Claus Arndt ausmacht: Reflexion und Maßstäbe. Hohe Achtung und Anerkennung hat er erfahren – die Festschriften zu seinem 60. bzw. 75. Geburtstag wurden eingeleitet von Helmut Schmidt bzw. Johannes Rau. Die Betrachtung durch Hans-Peter Bull *Vom Einfluss des einzelnen auf die Rechtspolitik* (DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG 1997) ist jeder

Kollegin und jedem Kollegen zu empfehlen, die das »Mandat« als Auftrag und Vollmacht begreifen!

Die Dokumentation bietet reichen Stoff für Studien zur Gesetzgebungs- und Verwaltungslehre, zur Rechts- und besonders zur Verfassungspolitik und zur Zeit-, vor allem Rechtsgeschichte. Im Rückblick auf bald 60 Jahre Bundesrepublik fällt auf, wie stark das Denken von Claus Arndt um Freiheit und Sicherheit Deutschlands kreist, man könnte sagen: die innere und äußere Verfassung des Landes. Als Staatsdiener und Volksvertreter hat er einen Großteil dieser Epoche miterlebt und ihre Fundamente mitgebaut. Die 60 Jahre, die landauf, landab begangen werden, sind ein in der deutschen Geschichte der Neuzeit beispielloser Erfolg, an dem der Jubilar teilhat.

Zu Recht hält die Reihe Persönlichkeit und Wirksamkeit von Claus Arndt in Erinnerung. Dies verspricht bereits die Einleitung zum ersten Band, dessen Zusammenstellung Hans-Peter Schneider besorgt hat; sie wird bis heute zitiert. Kronzeugen der Verfassungsrechtsprechung und Rechtspolitik – Helmut Simon und